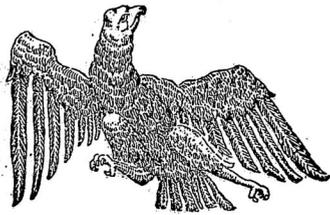


hat, wird
ten des
ie mit
3 aus des
an zu
an zu
des Bad,
menimo-
h e h e
leichfalls
nigt, die
gabende
des Aus-
eitts aus-
noch den
ft gleich-
beitsstoffe
Schweiz-
man um
nen wöl-
schwerden
r Wärm-
weillos

Abonnements

werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen. Bezugspreis monatlich 1,60 Reichsmark zuzügl. Bestellgeld. Das Teltower Kreisblatt erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Hühnerstraße 87.



Anzeigen

werden im Verlage: Berlin W 35, Hühnerstraße 87, von unseren Nebenstellen im Kreise und allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die 6 gepaltene Kleinzeile oder deren Raum kostet 14 Pfennig, die 3 gepaltene Kleinzeile im Reklametext und an der Spitze des Blattes 1,25 Reichsmark. Abonnenten erhalten auf Familienanzeigen 25 Prozent Rabatt. Kl. Anzeigen: Das Wort 10 Pf., fette Wörter 20 Pf.

Teltower Kreisblatt

Fernsprech-Anschluß:
Sammel-Nr. B 2 S 1070 671.

Täglich erscheinende Zeitung.

Postkassensort:
Berlin 1519 51.

Nr. 275.

Berlin, Dienstag, den 22. November 1932.

77. Jahrg.

Amtliches.

Weitere amtliche Bekanntmachungen sind im Interzentall * dieser Nummer veröffentlicht.

A. VII. N. 92. Karl Neumann, Konrad Luner, Carl Lippert, Richard Alt, Curt Boesche, Hans Georg Hant, Erich Wille, Albert Wotrag, Karl Robert, Wilhelm Zieg, Karl Bieker in Berlin, Otto Wacker, Antonius, Friedrich Müller, Großbeeren, Albert Schön, Großbellen, Antje Richter, Wiersdorf, Emil Tucat, Schulzendorf, Gustav Wöhrer, Teltow, beantragen die Erteilung der Anstellungsgenehmigung für ihre Verwandte in Blantzerfeld, Drevitz, Großbeeren, Großbellen, Großmadnow, Ludwigsfelde, Wiersdorf, Schulzendorf, Senzig, Teltow, Wilbau und Zeelen.

Einige Eingänge gener die Anstellungen können binnen sieben Tagen bei uns erhoben werden. Die Pläne liegen bei den Gemeindeverwaltungen bzw. bei dem Magistrat in Teltow zur Einsichtnahme aus.

Berlin, den 21. November 1932.

Der Kreisaußschuß des Kreises Teltow. von Rathhufus.

Neues in Kürze

Der Reichspräsident hat an Hitler das Ersuchen gerichtet, Feststellungen über die Möglichkeiten einer arbeitsfähigen Mehrheitsregierung zu treffen.

Die 69. Ratssitzung in Genf hat die Verhandlungen mit dem Bericht über den Handelsvertragsvertrag wieder aufgenommen. Der Antrag auf den Zug des französischen Ministerpräsidenten als willkommener Besuch zu einer Besprechung in Deutschland, die leicht zu realisieren war.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wurde ein Erdbeben verspürt, das etwa vier Minuten andauerte und großen Schaden unter der Bevölkerung hervorrief. Bedeutender Schaden ist nicht entstanden.

Wahlscheitungsbesuch Dr. Frants beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing in Privataudiens den von Berlin Scheidenden österreichischen Generals Dr. Frant zur Entgegennahme seines Abschiedsgrüßworts.

Keine Schließung der Pädagogischen Akademien.

Berlin, 22. November.

In einer Unterredung mit einem Pressevertreter erklärte der kommissarische Leiter des preußischen Kultusministeriums, daß kulturpolitische Reformen selbstverständlich nicht von dem Finanzministerium unter dem Gesichtspunkt des Spargedankens dekretiert werden könnten. Die Pädagogischen Akademien würden am 1. April 1933 nicht geschlossen werden. In Besprechungen mit dem Finanzministerium habe er hierüber aber schon endgültige Klarheit geschaffen.

Wahlergebnisse in Thüringen.

Wie das Thüringische Innenministerium mitteilt, sind die Ortsparlamenten in Thüringen ermächtigt worden, Ausnahmen von dem Verbot von öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen zuzugestehen, wenn diese Versammlungen der Vorbereitung der am 4. Dezember in Thüringen stattfindenden Gemeindev- und Kreisparlamente dienen. Solche Versammlungen sind 48 Stunden vorher anzumelden. Versammlungen unter freiem Himmel bleiben verboten.

Das deutsch-französische Handelsabkommen.

Die Verhandlungen zur Überprüfung des deutsch-französischen Handelsabkommens vom Jahre 1927 sind in Berlin im Auswärtigen Amt aufgenommen worden. Der ersten Sitzung hat der französische Botschafter Francois-Bonnet beigewohnt. Führer der deutschen Abordnung ist Ministerialdirektor Hoffe vom Reichswirtschaftsministerium, Führer der französischen Delegation der Ministerialdirektor im französischen Handelsministerium Ubel.

Dollfuß in Budapest.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß, der zurzeit in Budapest weilte, hatte mit dem Botschafter Winkler über die österreichisch-ungarischen Handelsverbindungen eine eingehende Besprechung und besuchte sodann den Ministerpräsidenten Julius Gombócs, mit dem er über dieselbe Frage einen eingehenden Gesamtgespräch pflog.

Die katalanischen Wahlen.

Die vollständigen Ergebnisse der katalanischen Wahlen liegen noch nicht vor. Der bisherige Eindruck geht dahin, daß die Partei des Obersten Maes, die Esquerra, einen ziemlich großen Vorsprung vor der mehr rechtsgerichteten „regionalistischen Liga“ erlangt hat. Die Esquerra hat in der Provinz Barba 11 und in der Provinz Gerona ebenfalls 11 Sitze erröcht. Sie dürfte in der Provinz Barcelona auf 15 und in Barcelona-Stadt auf 19 Sitze kommen. Die Kandidaten (Richtung Barba), die eine mehr spanische als katalanische Kandidatenliste aufgestellt hatten, scheinen endgültig gescheitert zu sein.

Hitler erneut bei Hindenburg

Er soll Möglichstesten der Regierungsbildung feststellen

Berlin, 22. November.

Der Reichspräsident empfing gestern vormittag erneut Adolf Hitler. Ueber diese Besprechung wird folgende amtliche Mitteilung herausgegeben:

Nachdem der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei dem Herrn Reichspräsidenten mit aller Bestimmtheit erklärt hat, daß seine Partei nur in einer von ihm geführten Regierung mitarbeiten könne, hat der Herr Reichspräsident Herrn Hitler als den Führer der stärksten Partei des Reichstages erucht, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit einseitigem Arbeitsprogramm im Reichstag finden würde. Herr Hitler erklärte, seine Antwort auf dieses Ersuchen dem Herrn Reichspräsidenten schriftlich zu übermitteln.

Bei diesem Empfang waren außer dem Parteiführer Hitler auch Reichsstaatspräsident Göring, ferner Hitlers persönlicher Adjutant Oberleutnant Brückner, der Presseschef Dr. Dietrich und der Parteigenosse Seubach anwesend.

Die Unterredung dauerte etwa 20 Minuten, dann begab sich Hitler mit seiner Begleitung in das Hotel „Der Kaiserhof“ zurück.

Vor dem Hotel „Kaiserhof“ hatte sich, obwohl der Zeitpunkt der Besprechung Adolf Hitlers beim Reichspräsidenten geheim gehalten wurde, eine große Anzahl von Parteigenossen angelammelt, die ihren Führer mit Heilrufen begrüßte und das Auto bis zum Reichstanzler-Palais im Aufschritt begleitete.

Nach der Rückkehr Hitlers sammelten sich die Menschenmengen, die sich vorher in der Wilhelmstraße und am Wilhelmplatz aufgehalten hatten, vor dem Hotel „Kaiserhof“, das durch ein starkes Polizeiaufgebot abgeperrt war. Die Menge nahm auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig Aufstellung und forderte im Sprecher Hitlers Erscheinen auf dem Balkon. Immer wieder erkönte von einzelnen Parteianhängern dirigiert, der Ruf: „Wir wollen Adolf Hitler sehen!“ Als der Führer der Nationalsozialisten nicht erschien, brachte die Menge ein dreifaches Hoch auf ihn aus. Da der Verkehr zu stark behindert wurde, schritt die Polizei ein und sorgte dafür, daß Fahrbahn und Bürgersteige wieder passierbar wurden.

Mit dem Auftrag Hindenburgs an den Führer der NSDAP, ist die Linie der vorläufigen weiteren Entwicklung gegeben. Der Reichspräsident wünscht klare Mehrheitsverhältnisse im Parlament, falls das gelingen sollte, und hat nach dem bisher geübten Brauch, der nur von der Hera Brüning und von Papen unterbrochen worden war, den Führer der stärksten Partei beauftragt, Feststellungen nach dieser Richtung hin zu unternehmen. Die von Hindenburg gewünschte „sichere und arbeitsfähige Mehrheit“ ist nun allerdings unter den obwaltenden Umständen nicht so ganz einfach heraufzufen. Nach dem endgültigen amtlichen Ergebnis zählt der Reichstag bekanntlich 584 Mandate; die Mehrheit beträgt also 293. Für diese Mehrheit bringen die Nationalsozialisten 196 Mandate mit. Gelingt Hitler eine Verhandlung mit dem Zentrum und mit der Bayerischen Volkspartei so können 70 und 20 Mandate hinzukommen, das heißt also 286. Fehlen zur Mehrheit sieben. Nun gibt es in der Mitte eine Reihe von Christen, mit denen man rechtlich eine Mehrheit erhalten würde: fünf Christlich-Soziale, ein Christlichparteiliche, ein Deutschnationaler. Damit wären also die festen Stimmen zur Mehrheit vorhanden. Offenbar hat aber Hindenburg nicht eine solche ledere Einstimmigkeit im Auge gehabt. Die Mehrheit soll vielmehr „sicher“ und „arbeitsfähig“ sein, das heißt also, daß zu den genannten 286 Mandaten noch eine größere Gruppe hinzutreten müßte —, und das könnte nur die Deutschnationale Volkspartei, vermutlich mit Anschluß der Deutschen Volkspartei sein. Es ist nun nach den Ereignissen der letzten Wochen noch keineswegs als feststehend anzusehen, daß NSDAP und DVP, diese Mehrheitsbildung und damit ein mehr parlamentarischer von der Nationalsozialisten geführtes als ein von ihnen gewünshtes Präsidialkabinett zu unternehmen bereit sind.

Es ist ferner bekannt, daß der Reichspräsident das Wirtschaftsprogramm des Kabinetts-Papen, wie es in der Notverordnung veröffentlicht wurde, in die Tat umgelegt und daß er die Unantastbarkeit der Währung gewahrt sehen will. Zwei Punkte, die nicht dem Aktionsprogramm der NSDAP entsprechen. Auch im Falle der Annahme des Auftrages durch Hitler, immer noch rechtliche Konsultationen und Gespräche, die nicht allseitig überbrückt sein dürften. Nicht leichter gestaltet sich die Situation, wenn an Stelle Hitlers der Führer der nächstgrößten Partei, die in Frage kommt, das Zentrum — die DVP, hat sich infolge ihrer entschiedenen Oppositionsstellung schon selbst ausgeschaltet — den

Beruf einer Mehrheitsbildung übernimmt. Sind alle diese Versuche gescheitert, dann würde die Idee eines Präsidialkabinetts an Terrain gewinnen, das unter neutraler Führung bei Ausschaltung der Parteileitungen in öffentlicher Form wie das Kabinett Papen, gestützt auf die Autorität des Reichspräsidenten, die Geschäfte übernehmen würde.

Falsche Behauptungen

Behauptungen über die Haltung des Reichswehrministers während der politischen Verhandlungen der letzten Wochen sowie über die Hinzuziehung der Reichswehr in die politischen Erörterung sind in den letzten Tagen durch die Presse gegangen.

Dem Reichswehrministerium wird dazu erklärt, daß bei den ganzen Verhandlungen der letzten Wochen sowohl innerhalb des Reichstages als auch beim Reichspräsidenten der Reichswehrminister mit keinem Wort die Haltung der Reichswehr erwähnt hat. Ebenso sind die von der Presse wiedergegebenen Mitteilungen aus dem Buch „Schleiers Aufstiege“ über eine Rundfrage des Reichswehrministers an die Wehrföhrer unzutreffend. Eine solche Umfrage ist nicht erfolgt. Weiter wird vom Reichswehrministerium zu den Behauptungen über Besprechungen des Reichswehrministers mit Hitler erklärt, daß General von Schleier keine Verhandlungen mit Hitler geführt und ihr seit Wochen überhaupt nicht gesehen hat.

Nach der Ueberreichung des Hitlerbriefes.

Berlin, 22. November.

Der Montag hat erwartungsgemäß noch keine Entscheidung über die Frage gebracht, ob die kommende Reichsregierung durch Adolf Hitler gebildet wird.

Die Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum, die am Sonntag stattgefunden haben, sind am Montag nicht fortgesetzt worden. Nach Auffassung politischer Kreise ist auch kaum anzunehmen, daß die Besprechungen fortgeführt werden, bevor Klarheit über die Fragen geschaffen worden ist, die in dem Brief Adolf Hitlers enthalten sind.

Die amtliche Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei schreibt, es frage sich, ob unter der Führung Hitlers der Gedanke der nationalen Konzentration sich vermünftigerweise verwirklichen lasse. Es bedürfte reichlicher Ueberlegung, ob die BVP, es auf sich nehmen könne, allerdings unter ganz bestimmten Bedingungen, der Bestellung einer Regierung Hitler nicht zu widersprechen. Diese Bedingungen müßten dahin gehen, daß ein verfassungsmäßiges Wehrregieren garantiert und die Wahrung einer nationalsozialistischen Parteilitatur unter allen Umständen unmöglich gemacht werde.

Unmöglich könne die BVP zustimmen, daß nicht nur die Führung der Reichsregierung sondern auch der preussischen Geschäfte in die Hand der NSDAP gelegt werde. Sollte Hitler den Kanzlerposten übernehmen wollen, so wäre auch die Kenntnis des übrigen Arbeitsprogramms notwendig, ehe man die Frage einer möglichen Unterstützung oder Duldung einer Regierung Hitler beantworten könnte.

Der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schaffer, der nach dem Empfang beim Reichspräsidenten nach München zurückgekehrt war und mit den führenden Persönlichkeiten der Partei in Verbindung genommen hatte, ist wieder nach Berlin gereist.

Die präsidialen Vorbehalte

Berlin, 21. November.

Wie verlautet, hat Reichspräsident von Hindenburg den Auftrag an Adolf Hitler von folgenden fünf Punkten abhängig gemacht:

1. Die besondere Zusammensetzung des Kabinetts bedarf der Zustimmung des Reichspräsidenten.
2. Befähigt sich der Reichspräsident das Recht besonderer Einwirkungen auf das Reichswehr- und das Außenministerium vor.
3. Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms.
4. Gewähr dafür, daß keine Rückkehr zum Dualismus Reich-Preußen erfolgt.
5. Keine Aenderung oder Abschwächung des Artikels 48.

Rückfragen Hitlers

Die Antwort Adolf Hitlers ist Montagabend 20 Uhr in Form eines Briefes an den Staatssekretär Dr. Meißner im Büro des Reichspräsidenten überreicht worden. Der Abendung des Briefes gingen, wie die Reichspresseliste